

„Amity Foundation“ wurde auf Initiative der chinesischen protestantischen Christen gegründet mit dem Ziel, Gesundheits-, Erziehungs- und Sozialdienste bestehender chinesischer Institutionen zu unterstützen.

Die Stiftung versteht sich als eine mit der Kirche verbundene Organisation, die aber weder unter Leitung des Christenrates noch der Dreiselbstbewegung steht, sondern die Zusammenarbeit auch über die Kirche hinaus sucht. Ausdrücklich werden ausländische Stellen eingeladen, sich personell und finanziell an der Arbeit der Stiftung zu beteiligen. Vorsitzender der Stiftung ist Bischof *K. H. Ding*, zugleich Vorsitzender der protestantischen Dreiselbstbewegung und Direktor des Nanjinger theologischen Seminars. Als erste konkrete Aufgaben der Stiftung werden die Unterstützung einer psychiatrischen Kinderpflegestätte und die Vermittlung von ausländischen Lehrern für Sprachunterricht in Englisch und Deutsch genannt. Ab September 1985 werden die ersten 20 Lehrer aus den USA und der Bundesrepublik im Rahmen der „Amity Foundation“ mit ihrer Arbeit beginnen. Für 1986 ist in Zusammenarbeit mit den „United Bible Societies“ der Baubeginn für eine größere Druckerei in Nanjing vorgesehen, die in erster Linie Bibeln und religiöse Bücher drucken soll, aber auch andere Druckaufträge zur Auslastung der Rentabilität übernehmen kann. Die *Finanzierung* soll in der Form eines „joint venture“ durchgeführt werden.

Verglichen mit der protestantischen Seite sind die Initiativen der katholischen Kirche in China eher *bescheiden*. Im Mai dieses Jahres wurde von der chinesischen katholischen patriotischen Vereinigung in Peking die Eröffnung der *Xiangbo Schule* gemeldet. Ziel dieser Einrichtung der Erwachsenenbildung in katholischer Trägerschaft – ihr Präsident ist Bischof *Fu Tieshan* – ist Unterricht in ausländischen Sprachen. Der Lehrkörper von 13 Lehrern besteht ausschließlich aus Chinesen. Bei seinem Besuch in Hong Kong sprach Bischof Jin davon, daß in Shanghai die alte katholische Druckerei der Kuangchi Press wieder in Be-

trieb genommen worden sei und in Kürze religiöse Bücher gedruckt und eine katholische Zeitschrift herausgebracht würden. Auch möchte die katholische Kirche in China dem Beispiel Hong Kongs folgen und sich auf dem sozialen und medizinischen Gebiet engagieren. Ein erstes Beispiel einer internationalen Zusammenarbeit ist das Projekt von Ausbildungskursen für jugendliche Arbeiter, das Misereor zusammen mit der Caritas Hong Kong und der chinesischen Gewerkschaft in der Sonderwirtschaftszone Shenzen in der Provinz Guangdong durchführt (Misereor-Jahresbericht 1984, 24 f).

### Signale zwischen Rom und Peking

Im Zusammenhang mit diesen verschiedenen Hinweisen auf eine *neue Phase der Verständigung* zwischen dem chinesischen Staat und den Religionen paßt die Meldung, daß der Papst im Rahmen einer Mittwochsaudienz am 24. Juli dieses Jahres ein Grußwort an das chinesische Volk gerichtet habe, das Anfang nächsten Jahres im staatlichen Fernsehen der VR China ausgestrahlt werden soll. Im Rahmen eines Dokumentarfilms über mehrere westliche Länder drehte ein amerikanisches Fernseheteam im chinesischen Auftrag dieses Grußwort des Papstes

an die „noble chinesische Nation“, der sich die katholische Kirche seit den Tagen Matteo Riccis in so besonderer Weise verbunden wisse. Wohl auch um zu weitgehenden Spekulationen entgegenzutreten, betonte ein Sprecher des staatlichen Büros für religiöse Angelegenheiten, *Wan Yuebing*, in Peking am 25. Juli, daß der Papst die grundlegenden Probleme – Anerkennung der Eigenständigkeit der chinesischen katholischen Kirche und die Frage der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan – nicht angesprochen habe. Zwar bestehen keine diplomatischen Beziehungen zwischen dem Vatikan und der VR China, aber fortdauernd ist es zu einer Zusammenarbeit zwischen der vatikanischen Sternwarte und der Hefei Universität in China auf dem Gebiet der Astrophysik gekommen. Sie wurde im Juni auf zehn Jahre vertraglich vereinbart. Die vatikanische Sternwarte wird der Universität Hefei ein Teleskop schenken, das im umweltgeschädigten römischen Himmel seinen „Durchblick“ verloren hat.

Man wird abwarten müssen, wie die Entwicklung weitergeht. Die Zusammenschau vieler in sich kleiner Ereignisse und Kontakte lassen aber doch die Hoffnung wachsen, daß sich der Prozeß der Annäherung und Versöhnung fortsetzt. *G. E.*

### ÖRK-Zentralausschuß: um Konsolidierung bemüht

Auf der letztjährigen Tagung des ÖRK-Zentralausschusses wählten die Mitglieder dieses wichtigsten ÖRK-Gremiums zwischen den Vollversammlungen den aus Uruguay stammenden methodistischen Pfarrer *Emilio Castro* zum neuen Generalsekretär (vgl. HK, August 1984, 351–352). Es wirkte wie eine Reverenz an den seit Anfang Januar amtierenden Nachfolger von *Philip Potter*, daß sich der Zentralausschuß dieses Jahr in Lateiname-

rika traf, allerdings nicht in Uruguay, sondern in der argentinischen Hauptstadt Buenos Aires am gegenüberliegenden Ufer des Rio de la Plata.

Die Probleme Lateinamerikas im allgemeinen und des gastgebenden Landes im besonderen waren denn auch ein Schwerpunkt der Tagung vom 28. Juli bis zum 8. August, die unter dem Thema „Gottes Gerechtigkeit – Verheißung und Herausforderung“ stand. Angehörige von „Verschwun-



denen“ aus den Jahren der argentinischen Militärdiktatur und Vertreter von Menschenrechtsgruppen berichteten über ihre Erfahrungen und feierten mit den Zentralauschußmitgliedern einen eindrucksvollen Gottesdienst. Präsident *Raul Alfonsin* geißelte in seiner Ansprache vor dem ÖRK-Gremium die ungerechte Weltwirtschaftsordnung und bezeichnete die Auslandsverschuldung seines Landes als einen „Alptraum“, der einer Befreiung des argentinischen Volkes im Wege stehe. Zum Abschluß der Tagung verabschiedete der Zentralauschuß eine Botschaft an die argentinischen Kirchen und das argentinische Volk; eine andere öffentliche Stellungnahme galt der Situation in *Mittelamerika*: Die Völker Mittelamerikas hätten das Recht auf eine ihrer Geschichte und Kultur entsprechende, unabhängige, blockfreie und pluralistische Ordnung und auf eine an den Bedürfnissen der Armen orientierte Wirtschaft.

### Castro: Bemühen um Einheit als Kernstück

Auch der neue Generalsekretär widmete einen Teil seines Rechenschaftsberichts dem *lateinamerikanischen Kontext* der Tagung. Castro wies darauf hin, daß der Protestantismus in Lateinamerika inzwischen 8 bis 10 Prozent der Bevölkerung umfasse und daß auch die auf dem Subkontinent vertretenen orthodoxen Kirchen ein starkes Bewußtsein ihrer lateinamerikanischen Identität entwickelten. Er erwähnte das Problem der *Sekten* und des *Proselytismus* als Teil der religiösen Wirklichkeit Lateinamerikas, fügte aber hinzu, man könne ohne Furcht sagen, die Mitgliedskirchen des ÖRK hätten schon seit langem alle proselytischen Praktiken aufgegeben, „um sich der Evangelisation in den Teilen der Bevölkerung zu widmen, die in der vorherrschenden Kirche keine geistliche Heimat gefunden haben.“

Castro ließ in diesem Zusammenhang eine *differenzierte Beurteilung der Befreiungstheologie* erkennen. Es gehe nicht darum, diese zu sakralisieren, aber man müsse sie als verantwortliche und ernsthafte Anfrage an die theo-

gischen Arbeitsmethoden anerkennen: „Das Schlimmste, was wir in anderen Teilen der Welt tun könnten, wäre, die lateinamerikanische Befreiungstheologie sklavisch nachzuahmen oder aber sie zu einer folkloristischen Erscheinung Lateinamerikas herabzuwürdigen. Was wir tun müssen, ist, den Appell, den sie an uns richtet, ernst zu nehmen, unsere eigenen ideologischen Grundlagen zu prüfen und in unserem konkreten Lebenskontext ernsthaft über unsere Verantwortung für den ganzen Menschen in der Perspektive des Reiches Gottes nachzudenken.“ Ebenso könne und müsse Lateinamerika von den Erfahrungen anderer Christen in der Welt lernen. Seinen Ausführungen über den Beitrag der lateinamerikanischen Kirchen zur ökumenischen Bewegung hatte der Generalsekretär grundsätzliche Bemerkungen zu Aufgaben und Ziel des Weltrats vorangestellt, die mit Recht starke Beachtung fanden. Castro rückte dabei das Bemühen um die Einheit der Kirche in den Vordergrund: Das Streben nach Einheit sei das Kernstück aller Programme des ÖRK. Dabei falle der *Kommission für Glaube und Kirchenverfassung* in besonderem Maß die Aufgabe zu, dem Bewußtsein dieser Einheit durch den Hinweis auf die großen Lehraussagen Ausdruck zu verleihen. Die Anstrengungen, die unternommen worden seien, um die Lima-Erklärungen zu formulieren, und der gegenwärtige Rezeptionsprozeß in den Kirchen seien die Grundlage dafür, „der Einheit, die wir im Heiligen Geist schon besitzen, und der Einheit, die in unserem konkreten christlichen Engagement wächst, mit Kopf und Herz Ausdruck zu verleihen“.

Gleichzeitig war es Castro darum zu tun, die *Glaubensgrundlage für das christliche Engagement* in den großen Lebensfragen der Menschheit herauszuarbeiten, wobei er in dieser Frage ebenso behutsame, aber doch unübersehbare *Kurskorrekturen* gegenüber der durch seinen Vorgänger geprägten Epoche des ÖRK anbrachte.

Es komme jetzt mehr darauf an, so Castro in Absetzung von der bis vor einigen Jahren im ÖRK favorisierten Leitvorstellung einer „gerechten, par-

tizipatorischen und überlebensfähigen Gesellschaft“, die christliche Verantwortung herauszuarbeiten, das Risiko auf sich zu nehmen, die richtige Richtung einzuschlagen, ohne den Anspruch zu erheben, der ganzen Menschheit ein Patentrezept zu präsentieren.

### Mehrere Weltkonferenzen geplant

Auch der Vorsitzende des Zentralaussschusses, EKD-Außenamtspräsident *Heinz Joachim Held*, betonte in seinem Bericht, es müsse dem ÖRK daran gelegen sein, den inneren geistlichen und theologischen Zusammenhang der verschiedenen wichtigen Aufgaben der ökumenischen Arbeit immer wieder bewußtzumachen und festzuhalten. Die Berufung der christlichen Kirchen zur Einheit und ihr Dienst für die Erneuerung der Menschheit gehörten in der Sache eng miteinander zusammen. Im übrigen empfahl Held eine *Konzentration der Kräfte* als Leitlinie für die Arbeit des Weltrats in den nächsten Jahren. Statt ständig neue Dokumente und Anregungen zu produzieren, solle man lieber auf bereits erarbeitetes Material zurückgreifen.

Es komme nicht nur darauf an, so eine weitere kritische Anregung Helds, in Genf Stellungnahmen und Erklärungen zu erarbeiten; die geordnete *Beteiligung der Mitgliedskirchen* sei für die spätere Aufnahme und Umsetzung der Dokumente von großer Wichtigkeit. Entscheidend bleibe aber in jedem Fall ein wirksamer Rezeptionsprozeß in den Kirchen, bei dem diese nicht nur passiv empfangend, sondern auch kritisch aufnehmend und aktiv gestaltend mitwirken und Einfluß nehmen könnten.

Die für die nächsten Jahre vorgesehenen *Weltkonferenzen* werden einen Großteil der ÖRK-Aktivitäten binden. So wird im Frühjahr 1988 eine Weltmissionskonferenz stattfinden, unter Umständen in der Volksrepublik China. Nach dem Willen des Zentralaussschusses soll man sich um die Mitwirkung von Evangelikalen bei der Vorbereitung der Konferenz bemühen, ihre Einsichten und Anliegen sollten entsprechend berücksichtigt wer-



den. Ein Jahr nach der Weltmissionskonferenz wird dann 1989 eine Weltkonferenz für Glaube und Kirchenverfassung folgen und 1990 eine Weltkonferenz über „Gerechtigkeit, Frieden und Ganzheit der Schöpfung“. Damit wird ein Grundanliegen der sechsten Vollversammlung des ÖRK in Vancouver aufgenommen (vgl. HK, September 1983, 402–406). Für 1987 ist eine Konsultation über das Thema „Miteinanderteilen von Ressourcen“ vorgesehen, eine Frage, die den ÖRK schon seit Jahren beschäftigt. Eine Konsultation im Herbst 1986 wird sich mit Problemen der zwischenkirchlichen Hilfe und der Flüchtlingshilfe befassen.

### Brief an die Bischofssynode

Auch wenn im Augenblick noch nicht abzusehen ist, wie der vom Zentralausschuß jetzt beschlossene Rahmen in den nächsten Jahren gefüllt wird: Dem Weltkirchenrat steht nach dem Willen seiner führenden Amtsträger eine Phase der *Konsolidierung* und der *Selbstbesinnung* bevor, was dem Verhältnis nicht zuletzt zu den deutschen Mitgliedskirchen durchaus zugute kommen könnte (sie tragen im übrigen den größten Anteil zum ÖRK-Haushalt bei). Erste Reaktionen bundesdeutscher Zentralausschußmitglieder ließen denn auch Erleichterung über den in Buenos Aires eingeschlagenen Weg erkennen. So sprach der Westberliner Bischof *Martin Kruse* von ei-

ner „inneren Entspannung“ im ÖRK, und der württembergische Oberkirchenrat *Walter Arnold* urteilte, das Ringen um die Einheit der Kirchen und das gesellschaftspolitische Handeln seien wesentlich stärker im Gleichgewicht als früher.

Arnold sprach auch davon, daß der Intensivierung der Beziehungen des ÖRK zur *katholischen Kirche* wieder das Interesse beigemessen werde, das besonders die EKD seit langem gewünscht habe, und verwies auf den *Brief an die außerordentliche Vollversammlung der Bischofssynode*, der vom Zentralausschuß in Buenos Aires verabschiedet wurde. In dem Brief heißt es, die Synode sei von großer Bedeutung für die Einheit der Kirche und für die ökumenische Bewegung. Man hoffe, so der Zentralausschuß weiter, daß die Synode die für das Zweite Vatikanum kennzeichnende ökumenische Offenheit bekräftigen und stärken werde. Der Brief nennt den theologischen Dialog und das gemeinsame Zeugnis angesichts von Friedensgefährdung, Umweltzerstörung und der ethischen Herausforderungen von Wissenschaft und Technologie als Felder, auf denen die weitere Zusammenarbeit von Weltrat und katholischer Kirche notwendig sei.

Auch Emilio Castro blickte in seinem Rechenschaftsbericht auf das Konzil zurück und erinnerte an den Besuch Johannes Pauls II. in Genf vor einem Jahr (vgl. HK, Juli 1984, 300–301). Dieser Besuch habe die noch beste-

henden Schwierigkeiten auf dem Weg zur Einheit offiziell deutlich gemacht. Man müsse sich jetzt daranmachen, die wirklichen Probleme zu lösen, „vor allen Dingen die Probleme im Zusammenhang mit dem Lehramt des Bischofs von Rom und der Autorität, die diesem gemäß der katholischen Doktrin und Praxis zukommt.“

Daß der Generalsekretär in diesem Zusammenhang die *römische Maßregelung von Leonardo Boff* rügte, trug ihm katholische Kritik ein. Msgr. *Basil Meeking* vom vatikanischen Einheitssekretariat, der als katholischer Beobachter an der Zentralausschußtagung teilnahm, erklärte, es sei schwer, die Bemerkung Castros nicht als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der katholischen Kirche zu betrachten. Castro räumte seinerseits ein, vielleicht einen „diplomatischen Fehler“ gemacht zu haben. Seine Formulierungen zum Fall Boff waren allerdings in der Sache durchaus im Rahmen: Der Generalsekretär sagte, man respektiere die Disziplinarmaßnahmen einer Schwesterkirche, fühle sich aber in aller Freundschaft verpflichtet, auf ihre negativen Auswirkungen für die Evangelisation hinzuweisen. „Wir haben“, so Castro, „vom ökumenischen Standpunkt aus Schwierigkeiten, diese Maßnahmen zu vereinbaren mit der Entscheidung für die Kollegialität, für die Respektierung der nationalen Kirchen und für die Inkulturation“, die der Papst in seiner Slawenzyklika so nachdrücklich verteidigt habe. *U. R.*

## Das Konzil neu gelesen

### Italiens Kirche nach dem Kongreß von Loreto und der Konkordatsrevision

Hätte es zu Beginn des Hochsommers nicht den „doppelten Dambruch“ gegeben, den entsetzlichen im Trientiner Fleimstal mit fast 300 Toten und den letztlich wohl heilsamen, aber alle verdrängten konstitutionellen Schwächen der italienischen Wirtschaft bloßlegenden Einbruch der Lira mit der ihm folgenden achtprozentigen Abwertung, das Land wäre in diesem Sommer geradezu in eine allgemeine Euphorie verfallen. Denn in den letzten Monaten erreichte Italien politisch ein Ausmaß an innerer Festigung und – wenigstens scheinbar – auch an Handlungsfähigkeit, wie es die meisten Vorgängerinnen der gegenwärtigen Regierung des Sozialisten *Bettino Craxi* nicht

einmal erträumen konnten. Kein geringerer als der Präsident der Europäischen Kommission, der französische Sozialist *Jacques Delors*, machte jüngst den Italienern das Kompliment, man werde künftig junge Politikwissenschaftler gerade in ihr Land schicken müssen, damit sie lernen, was politische Stabilität sei (vgl. *Corriere della Sera*, 31. 7. 85). Delors sagte das allerdings nicht ohne zu bemerken, wirtschaftlich gelte für das Land nicht das gleiche und die plötzlich eklatant gewordene Schwäche der Lira habe strukturelle Ursachen; vor allem habe sie mit der hohen Staatsverschuldung und kaum begrenzbar Defiziten staatlicher und halbstaatlicher Haushalte zu